

Im Zentrum soll der Mensch stehen

Pflege Jede Person ist anders - und jede hat im Alter andere Bedürfnisse. Das soll respektiert werden, finden Experten

VON MOJAN SALEHIPOUR

Die Frage «Alt, krank, demenz: Wer betreut? Wer bezahlt?» interessiert im Limmattal offensichtlich brennend. Denn zur Podiumsdiskussion unter diesem Titel, zu welcher der Verein Wabe



«Wenn eine Person pflegebedürftig wird, müssen zuerst die speziellen Bedürfnisse abgeklärt werden.»

François Höpflinger Soziologe

Limmattal ins Stadthaus Dietikon geladen hatte, erschien das Publikum in Strömen. Der Andrang war wohl nicht zuletzt wegen der geladenen Gäste, aus Politik, Wissenschaft und dem Berufsfeld Pflege, so gross. Auf dem Podium sass der Soziologe François Höpflinger, die CVP-Nationalrätin und Präsidentin des Roten Kreuzes des Kantons Zürich Barbara Schmid-Federer, der Fachpsychologe Franjo Ambroz, der zudem Vorsitzender der Geschäftslei-



«Die meisten Familien können sich keine persönliche 24-Stunden-Betreuung leisten.»

Hanspeter Stettler HauspflegeServices

tung Pro Senectute Kanton Zürich ist, und Hanspeter Stettler, der Gründer des HauspflegeServices. Geleitet wurde das Gespräch von Jürg Krebs, Chefredakteur der Limmattaler Zeitung.

Der Abend stand ganz im Zeichen neuer Ideen für eine «Betreuungsphilosophie der Zukunft». Gleich zu Beginn wurden die grundlegenden Probleme und der Status quo in der Betreuung und Pflege diskutiert. Schnell wurde klar, dass sich die Herausforderungen auf verschiedenen Ebenen abspielen und dass sie komplex sind. Es geht um Kosten, Ressourcen und Bedürfnisse.

Denn heute wird die Pflege und Betreuung einer bedürftigen Person oft



Für viele Menschen ist es eine Erleichterung, wenn sie im Alter in ihrem Zuhause bleiben können.

PATRICIA SCHOCH/ARCHIV

von den Familien selbst übernommen; nur im Notfall wird Hilfe in Anspruch genommen. Professionelle Pflege ist teuer oder wird den individuellen Bedürfnissen der Betroffenen kaum gerecht. Eine 24-Stunden-Betreuung können sich nur die wenigsten leisten.

Soziologe Höpflinger wies darauf hin, dass zuerst die speziellen Bedürfnisse abgeklärt werden müssen, wenn eine Person pflegebedürftig wird. Viele ältere Menschen seien geistig absolut in Form, aber hätten körperliche Beschwerden - oder umgekehrt. Daraus würden sich nicht nur völlig unterschiedliche Bedürfnisse, sondern auch Möglichkeiten ergeben, so Höpflinger.

Auf die Wichtigkeit der individuellen Abklärung wies auch Franjo Ambroz von Pro Senectute Kanton Zürich hin. Denn genau dort könne man schon vorhandene Ressourcen der einzelnen Personen aufdecken und Angehörige einbeziehen, aber auch den bisherigen Wohnraum der betroffenen Personen, so Ambroz. Dies sei für eine individuelle Betreuung von Bedeutung.

Das Stichwort dazu, das sowohl Höpflinger als auch Nationalrätin Barbara Schmid-Federer erwähnten, ist «Integriertes Modell». Dabei geht darum, den Personen dank einer Kombination aus Einbezug der Familie und professioneller Hilfe zu ermöglichen,

weiterhin in ihrem Zuhause wohnen zu können.

Dies kommt der systemischen Betreuung des HauspflegeService von Hanspeter Stettler sehr nahe. Er betonte, dass sich die meisten Familien keine persönliche 24-Stunden-Betreuung leisten könnten. Die Hauptprobleme seien einerseits die hohen Kosten einer individuellen Pflege und andererseits die Zeit, die vielen Familienangehörigen fehle, so Stettler.

Hier wurde die Frage nach politischen Massnahmen gestellt. Nationalrätin Schmid-Federer gab zu, dass die Politik zurzeit noch weit entfernt sei von einer Betreuungsphilosophie der Zu-

kunft. Dennoch gebe es beispielsweise im Bereich der Entlastung der Angehörigen von Pflegebedürftigen zwei wichtige Vorstösse, damit diese finanziell sowie mit Urlaubstagen und Zeit unterstützt würden, so Schmid-Federer. Als den aktuell wichtigsten Vorstoss sehe



«Die Politik ist zurzeit noch weit entfernt von einer Betreuungsphilosophie der Zukunft.»

Barbara Schmid-Federer Nationalrätin

sie aber die Parlamentarische Initiative von SVP-Nationalrat Rudolf Joder, die den Pflegeberuf aufwerten wolle.

Zu den Themen Beruf und Weiterbildung gebe es noch viel zu diskutieren, waren sich Höpflinger und Schmid-Federer einig. So sehe man im angelsächsischen Raum, dass spezifischere Lehrgänge für Pflegepersonal zwar Berufsfelder aufweichen, wenn zum Beispiel Pfleger auch hausärztliche Kompetenzen übernehmen. Letztendlich seien



«Die Menschen werden heutzutage zwar älter, aber auch später pflegebedürftig.»

Franjo Ambroz Pro Senectute Kanton Zürich

sie aber sinnvoll und würden zu Kosteneinsparungen führen. Auch im Bereich Prävention werde viel zu wenig unternommen. Freiwilligenarbeit und Nachbarschaftshilfe seien Strukturen, die gut funktionierten und ausgebaut werden könnten.

Zum Abschluss der Diskussion wies Ambroz darauf hin, dass Debatten über «Überalterung» eine Stigmatisierung bedeuteten. Älteren Menschen werde damit das Gefühl gegeben, eine finanzielle Last zu sein. Dabei würden die Menschen heutzutage zwar älter, aber auch später pflegebedürftig. Statt einer Stigmatisierung sei ein Umdenken erforderlich.

Der Dietiker Stadtrat rechnet mit einer künftigen Zunahme der Steuerkraft

Finanzen Die Steuerkraft wächst in Dietikon nicht so stark wie anderswo im Kanton. Letztes Jahr ist sie sogar gesunken. Das war allerdings eine Ausnahme.

VON BASTIAN HEINIGER

In den vergangenen Jahren ist die Steuerkraft im Kanton stets gestiegen. Nicht so in Dietikon. Dort ist sie letztes Jahr sogar gesunken. Das SP-Gemeinderatsmitglied Peter Wettler verlangte vom Stadtrat deshalb eine Erklärung. Wettler zeigt auf: Im Jahr 2012 lag die durch-

schnittliche Steuerkraft pro Einwohner bei 2276 Franken. Damit ist sie nur um 37 Franken höher als fünf Jahre zuvor. Und im letzten Jahr sei sie provisorisch berechnet sogar um 180 Franken zurückgegangen.

Zum Vergleich: Zwischen 2007 und 2012 ist die durchschnittliche Steuerkraft im Kanton - die Stadt Zürich ausgenommen - von 3184 auf 3503 Franken gestiegen. Das ist eine Zunahme von gut zehn Prozent, wohingegen sie in Dietikon lediglich um 1,6 Prozent anstieg. Dietikon kann also in punkto Steuerkraftzuwachs mit vielen Gemeinden nicht mithalten.

Der Stadtrat sieht den Grund darin, dass in den vergangenen Jahren eher

einkommens- und vermögensschwächere Steuerzahler nach Dietikon gezogen sind. Dadurch sei die Steuerkraft nicht wie gewünscht erhöht worden. Dank des neuen Wohnraums im Limmattal erwartet jedoch der Stadtrat in den kommenden Jahren einen Anstieg.

Stadt musste Millionen abgeben

Der Grund, weshalb die Steuerkraft im Jahr 2013 leicht sank, ist hingegen etwas komplexer: Der Rückgang ist gemäss Stadtrat auf ausserordentliche Ablieferungen und Rückzahlungen zurückzuführen. Die Steuerkraft beinhaltet sowohl die Steuererträge der natürlichen als auch jene der juristischen Personen - die Kennzahl wird jedoch

pro Einwohner ausgedrückt. Kurz: Steuereinnahmen von Unternehmen sind hinsichtlich der Steuerkraft ein wichtiger Faktor.

Im letzten Jahr musste die Stadt einer anderen Gemeinde 6 Millionen Franken abgeben, weil der Kanton drei umfangreiche Steuerjahre gleichzeitig verlangt hatte. Die Abgabe erfolgte aufgrund eines Unternehmens, das seinen Hauptsitz zwar in Dietikon hat, jedoch Filialen ausserhalb betreibt. In einem zweiten Fall mussten aufgrund eines Bundesgerichtsurteils 1,5 Millionen Franken an eine juristische Person zurückbezahlt werden. Beide Fälle sind ausserordentlich und führten zu geringerer Steuerkraft im letzten Jahr.

Unterengstringen

In der alten Militärküche wird nun gewaschen

Der Oberengstringer Gemeinderat hat einen Kredit 13200 Franken für das Einrichten einer Waschmaschine in der alten Militärküche hinter dem Feuerwehrdepot Unterengstringen gesprochen. Dort werden künftig die Kleider der Feuerwehren von Oberengstringen, Unterengstringen und Weiningen gewaschen, wie es in einer Mitteilung heisst. Bis anhin hat die Stiftung Chance in Schlieren diese Aufgabe übernommen. Nun zieht sie weg. Deshalb wird es für die Gemeinden notwendig, gemeinsam eine für die Reinigung der Feuerwehrbrandschutzbekleidung benötigten Spezial-Waschmaschine anzuschaffen. Weiningen beteilige sich ebenfalls mit rund 13000 Franken, so der Gemeinderat. (ZIM)